Stellungnahme des Trägerverein für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim e.V.

Mannheim den 07.12.2017

Die CDU Gemeinderatsfraktion Mannheim hat zwei Anträge zu den Etatberatungen 2018 / 2019 gestellt, die das von uns als Trägerverein betriebene „Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ Mannheim“ (kurz: JUZ) betreffen.

Die Anträge Nr. A590/2017 und Nr. A594/2017 enthalten folgende Forderungen:

1. *„Die entgeltfreie Überlassung der Räume in der Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 68169 Mannheim an das Jugendzentrum in Selbstverwaltung e.V. „Friedrich Dürr“ wird ersatzlos gestrichen.“* (Antrag Nr. A590/2017)
2. *„Im Zuge der Streichung der städtischen Unterstützung soll für den JUZ Mannheim auch die Aberkennung als Träger der außerschulischen Jugendbildung nach §§ 2 und 4 Jugendbildungsgesetz (JBG) Baden-Württemberg sowie als freien Träger der Jugendhilfe nach § 9 JWG beantragt werden.“* (Antrag Nr. A590/2017)
3. *„Die Zuwendungen an das Jugendzentrum in Selbstverwaltung e.V. „Friedrich Dürr“ werden ersatzlos gestrichen.“* (Antrag Nr. A594/2017)

Die Umsetzung aller dieser Forderungen bei entsprechender Stimmmehrheit innerhalb der Etatberatungen des Gemeinderates vom 11.-13.12.2017 entspräche dem Ende des JUZ.

Selbstverständlich stellen wir uns kategorisch gegen diese Forderungen und widersprechen den Begründungen der CDU-Fraktion vehement.

Das JUZ

Das JUZ Mannheim besteht seit 1973 und wurde durch Mannheimer Jugendliche entgegen der damaligen städtischen Jugendpolitik als selbstverwalteter Freiraum von und für Jugendliche erkämpft.

Seither haben im JUZ Generationen von Jugendlichen gefeiert, das JUZ eigenverantwortlich organisiert, sich basisdemokratisch gestritten, eigene Ideen entwickelt und umgesetzt und sich dabei selbst persönlich und politisch weiterentwickelt. Unzählige Mannheimer*innen wurden durch diese in Mannheim einzigartige Institution geprägt und wären ohne das JUZ nicht die zivilgesellschaftlich Engagierten oder künstlerisch Tätigen die sie sind. Und auch Heute bietet das JUZ unzähligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem ganzen Stadtgebiet eine „zweite Heimat“. Der konstruktive, lebendige, demokratiefördernde Beitrag des JUZ für viele Einzelne und die Stadtgesellschaft Mannheim ist unserer Einschätzung nach nicht hoch genug einzuschätzen. Benannt ist das JUZ nach Friedrich Dürr, einem Mannheimer Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, der 1935 verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt wurde. Auch in der Gefangenschaft leistete er Widerstand und wurde im April 1945 in Dachau erschossen. An der Namensgebung lässt sich also schon der antifaschistische, antirassistische und antisexistische Anspruch des JUZ ablesen. Diese Werte nach Innen kontinuierlich zu leben und nach Außen zu transportieren gehört zum Alltag der ehrenamtlichen jugendlichen JUZ-Aktiven.

Das JUZ organisiert sich basisdemokratisch und folgt dem pädagogischen Konzept der Selbstverwaltung. Das heißt z.B., dass Entscheidungen von den ehrenamtlichen Jugendlichen im Konsensprinzip getroffen werden und dass das Programm und die Ausrichtung des JUZ von diesen JUZ-Aktiven geplant und gestaltet werden und nicht von Hauptamtlichen. Partizipation und Mitbestimmung stehen also zentral im Konzept des JUZ. Maßgeblich für die alltägliche Umsetzung dieses Konzeptes ist die wöchentliche Vollversammlung montags Abends, bei der die Jugendlichen im Plenum die Veranstaltungen der vergangenen Woche und der aktuellen Woche besprechen, Putzdienste und sonstige wichtige Aufgaben rund ums Haus und das Programm verteilen und weitere Tagesordnungspunkte besprechen. Die meiste ehrenamtliche Arbeit geschieht aber in den sogenannten Fachschaften, also in Gruppen in welchen sich die Jugendlichen nach verschiedenen inhaltlichen Interessen organisieren. Im JUZ existieren derzeit 12 Fachschaften: Außenanlagen-Fachschaft, Disco-Fachschaft, Fachschaft für politische Bildung, Fahrrad-Fachschaft, Freiraumcafé-

Fachschaft, Garten-Fachschaft, Konzert-Fachschaft, Küchen-Fachschaft, Proberaum-Fachschaft, Siebdruck-Fachschaft, Sport-Fachschaft und Technik-Fachschaft.

Die vom Trägerverein eingestellte Geschäftsführung übernimmt dabei organisatorische Aufgaben im Hintergrund und steht den ehrenamtlichen Jugendlichen beratend zur Seite.

Das Programm des JUZ reicht dabei von Konzerten über Partys, dem Freiraum-Café zwei mal pro Woche, dem sozialpädagogische betreuten Café-Welcome für junge Geflüchtete, politischen Informationsveranstaltungen, Sprachkursen Deutsch für junge Geflüchtete uvm.

Das JUZ spricht damit Jugendliche aus ganz Mannheim an. Über Mannheim hinaus ist das JUZ Netzwerkpartner im Kooperationsprojekt „Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Baden-Württemberg“. Das NDC betreibt politische Jugendbildungsarbeit und organisiert pro Jahr ca. 200 Projektstage für Schulklassen, in denen eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und ausgrenzendem Verhalten befördert wird. Im JUZ organisiert sich eine Regionalgruppe von ehrenamtlichen Jugendlichen, den sogenannten Teamer*innen, welche die Projektstage mit den Schulklassen durchführen. Räumlichkeiten des JUZ dienen als Materiallager und Treffpunkt des regionalen Teams.

Das JUZ und die Stadt

Der Trägerverein erhält einen Zuschuss und eine mietfreie Gebäudeüberlassung durch die Stadt Mannheim. Dieser Zuschuss und das Gebäude sind natürlich unentbehrliche Grundlage für den Betrieb des JUZ. Eine entsprechende Ziel- und Zuwendungsvereinbarung zwischen der Stadt (Dezernat III – Jugendamt) und dem Trägerverein vom 01.01.2013 legt die entsprechenden Leistungen seitens des Trägers für die Stadt Mannheim fest. Den uns übertragenen Aufgaben (gemäß der in der Vereinbarung beschriebenen Ziele) kamen wir immer gerne nach.

Auf Basis der Kernziele der Jugendarbeit in Mannheim (wie z.B. die Möglichkeit von Kindern und Jugendlichen sich zu beteiligen und mitzubestimmen, die aktive Teilhabe am kulturellen Leben und die Förderung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit...) wurden zwischen dem Jugendamt der Stadt Mannheim und dem Trägerverein des JUZ folgende Ziele gemeinsam erarbeitet und festgehalten:

- *Die Selbstverwaltung des JUZ durch jugendliche Ehrenamtliche wird durch die regelmäßige stattfindende Vollversammlung organisiert.*
- *Das Café des JUZ wird als offener und nicht kommerzieller Freiraum betrieben und genutzt.*
- *Die Partizipation/aktive Teilhabe an Musikkultur jenseits von kommerziell produzierter und vermarkteter Mainstream-Musik wird gefördert.*
- *Das JUZ fördert und betreibt politische Bildungsarbeit durch jugendliche MultiplikatorInnen und vermittelt dabei antifaschistische, antirassistische und antisexistische Werte.*
- *Jugendliche und junge Erwachsene werden durch verschiedene Workshops und Kurse in ihrer Sprachkompetenz, individuellen Freizeitgestaltung, kulturellen Bildung und freien Entfaltung gefördert.*

(Ziel- und Zuwendungsvereinbarung vom 01.01.2013).

Unsere Leistungen für die Stadt Mannheim sind gemäß unserer Nachweispflicht (wirkungsorientierte Evaluation, Verwendungsnachweis) auch belegbar und wurden zuletzt auch 2016 im Jugendhilfeausschuss durch das Jugendamt gewürdigt.

Der Trägerverein begreift sich als zivilgesellschaftlichen Akteur, der gemäß des Subsidiaritätsprinzips für die Stadt Mannheim Leistungen erbringt – für eine lebendige, offene, vielfältige und demokratisch streitfähige Jugend und Jugendkultur.

Das JUZ und die CDU

Die Anträge der CDU beinhalten Vorwürfe gegen das JUZ welche inhaltlich vor allem auf der Extremismustheorie des Verfassungsschutzes beruhen. Dieses Modell, auf Basis dessen das JUZ von der CDU als Ort für „linksextremistische Veranstaltungen“ bezeichnet wird, lehnen wir

inhaltlich ab. Die Mitglieder der Gesellschaft werden in diesem Modell in einer Art Hufeisen angeordnet: in der Annahme einer demokratischen Mitte, welche sich gemäß der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) verhält, existieren „Extreme“, die die bestehende Gesellschaftsordnung verändern wollen. Beide „Extreme“ – rechts und links – werden unabhängig ihrer Motive und Ziele gleichgesetzt und als Gefahr für die FDGO angesehen. Völlig ausgeblendet wird dabei, dass menschenverachtende, undemokratische bis antidemokratische Einstellungen auch in der „Mitte“ der Gesellschaft weit verbreitet sind.

Das Modell ist damit völlig ungeeignet demokratiefeindliche Einstellungen zu identifizieren oder gar deren Verbreitung in der Gesamtgesellschaft zu erklären und die Kategorisierung als „extremistisch“ also inhaltlich wenig hilfreich. Diffamierend wirkt das Label „Extremismus“ im Diskurs aber natürlich trotzdem. Umso trauriger, dass Nachweise über konkrete undemokratische oder antidemokratische Veranstaltungen oder Inhalte im JUZ oder des JUZ in der Antragsbegründung der CDU fehlen.

Dem JUZ wird vorgeworfen antifaschistischen Gruppen Räume zu geben. Das ist wahr und das halten wir für richtig. Diese Gruppen sind seit Jahren ein Teil des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Antisemitismus und weitere menschenverachtende Einstellungen. Wie dieses Engagement im Einzelnen aussieht, ist immer wieder Grund für politische Diskussionen und es gibt hier auch keine einheitliche Vorstellung der Aktiven im JUZ. Trotzdem ist Allen klar, dass das JUZ ein Jugendzentrum und ein Ort des Zusammenkommens und der Debatten sein soll. Diese Gesprächsbereitschaft zeigt sich immer wieder in verschiedenen Bündnissen, wie Mannheim gegen Rechts oder anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, in welchen JUZ-Aktive viel ehrenamtliches Engagement zeigen. Diese klare Absage an menschenverachtende und antidemokratische Einstellungen ist bei der aktuellen politischen Lage von besonderer Bedeutung. Wir halten es deswegen für sehr problematisch, dass die CDU hier versucht den Raum, den wir den JUZ-Aktiven für politische Bildung und als Ort für Begegnungen bereitstellen, zu schließen und diesbezüglich auf die zu erwartende Unterstützung von rechts Außen zu setzen. Noch abstruser wird dieses Bündnis mit dem Einreichen eines Antrags mit dem gleichen Ziel seitens des Gemeinderates Julien Ferrat (Antrag A558/2017). Ferrat reproduziert in seinen Rapvideos, die er gerne als Satire verstanden haben will, vollkommen wirre sexistische und rassistische Vorurteile. Über eines dieser Videos sagte selbst der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU Carsten Südmersen: „Dieses Video beschämt den ganzen Gemeinderat.“ Für uns stellt sich also die Frage, mit wem sich die CDU hier mit diesen Anträgen gemein macht und welchen Einstellungen und Haltungen sie damit Vorschub leisten will.

Das JUZ – extrem demokratisch!

Der Trägerverein verantwortet die Arbeit der aktiven Jugendlichen im JUZ. All diese Arbeit bewegt sich im Einklang mit der mit der Stadt geschlossenen Ziel- und Zuwendungsvereinbarung. Der Trägerverein ist stolz darauf, dass sich die aktiven Jugendlichen für die Gleichberechtigung und -behandlung aller Menschen - unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung einsetzen. Sie haben sich selbst basisdemokratische Entscheidungsstrukturen (wie z.B. die wöchentliche Vollversammlung) auferlegt, nach denen sie sich organisieren.

Daher empfinden wir es als unhaltbaren Vorwurf, das JUZ und die aktiven Jugendlichen auf Grundlage der Extremismustheorie mit antidemokratischen Tendenzen, Einstellungen und Verhaltensweisen und letztlich rechten Menschenfeinden gleichzusetzen.

Wenn das JUZ etwas extrem ist, dann extrem demokratisch!

Was tun?

Die genannten Anträge der CDU-Fraktion (und der Familienpartei / Julien Ferrat) sind für den Betrieb des JUZ natürlich existenzbedrohend.

Ungeachtet dessen, dass seitens der CDU-Fraktion hierzu niemand mit dem Trägerverein in Kontakt getreten ist, und wir über das Ratsinformationssystem von den bereits gestellten Anträgen erfahren haben, halten wir dies für einen guten Anlass um über Jugendarbeit im Allgemeinen und

selbstverwaltete Jugendarbeit im Besonderen, demokratisches Engagement gegen menschenverachtende Einstellungen, Jugendpolitik und Partizipation und Mitbestimmung usw. ins Gespräch zu kommen.

Wir bitten Sie deshalb diese Stellungnahme zu teilen, sich solidarisch zu zeigen und politische Entscheidungsträger*innen in Mannheim zu informieren.

Wir bauen darauf, dass Sie als Gemeinderätin / Gemeinderat gegen die genannten Anträge stimmen!

Trägerverein für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung e.V.